

Neue Wege der Betriebsführung und Wartung von Windparks

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Neue Wege der Betriebsführung und Wartung von Windparks

- ABO Wind-Vorträge bei den 26. Windenergietagen zur Optimierung von Betrieb und Ertrag im Expertenforum „The Blue“
- Synergien zwischen Betreibern, Betriebsführern und Serviceunternehmen gefordert

(Wiesbaden, 02. November 2017) Die 26. [Windenergietage](#) vom 7. bis 9. November in Warnemünde stehen ganz im Zeichen der neuen Ausschreibungen zur Windstrom-Vergütung. ABO Wind legt den Fokus bei der Fachtagung auf die Themen Optimierung, Betriebsführung und Wartung. Denn durch die Ausschreibungen steigt der Kostendruck nicht nur auf Projektentwickler und Hersteller von Windparks – sondern auch auf Betreiber und Betriebsführer.

„Die Windbranche erlebt gerade einen Paradigmenwechsel“, sagt Dörte Nölting, die kaufmännische Leiterin des Windpark-Managements von ABO Wind. In ihren Vorträgen im Expertenforum „The Blue“ erläutern Dörte Nölting und weitere ABO Wind-Mitarbeiter am Mittwoch (8.11.) ab 11.15 Uhr unter anderem, wie Betreiber im Dreieck von Ausschreibungen, Sicherheit und Kosteneffizienz das Beste aus Ihrem Windpark herausholen ([zum Programm des Expertenforums](#)).

„Viele Betreiber stellen sich die Frage: Wie viel Kontrolle brauche ich wirklich? Kann ich Kosten sparen, indem ich mehr Risiko auf mich nehme? Für viele ist inzwischen zum Beispiel ein Teilwartungsvertrag sinnvoller als der bislang übliche Vollwartungsvertrag mit dem Hersteller“, so Nölting.

ABO Wind ist gut gerüstet, um in diesem Zusammenhang kosteneffiziente Synergieeffekte zu schaffen: Das Unternehmen

verfügt nicht nur über eine eigene Betriebsführung und Leitwarte, sondern auch über dezentrale Service-Teams, die sich deutschlandweit um Inspektionen, Wartung und Instandhaltung kümmern.

„Was früher unüblich war, wird jetzt verstärkt angefragt: Viele Betreiber denken nun über Betriebsführung und Service aus einer Hand nach. So können beide eine gemeinsame Leitwarte nutzen. Das spart Kosten und Aufwand und somit Ausgaben für den Betreiber“, so Nölting. Ein Asset Manager kann gegebenenfalls als übergeordnete Kontrollinstanz dienen und die Qualität überwachen.

Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, hat ABO Wind die Betriebsführung noch flexibler gemacht und bietet nun modulare, beliebig kombinierbare Leistungen und integrierte Konzepte auf drei Qualitätsstufen an. Mehr Informationen dazu finden Sie unter www.abo-wind.de/betriebsfuehrung.

Für Ihre Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Kathrin Dorscheid
Teamleiterin Kommunikation

ABO Wind AG
Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden
Tel: (0611) 267 65-531; Fax: -599
Mobil: 0152 567 11 531
kathrin.dorscheid@abo-wind.de
www.abo-wind.de

Rossmann nimmt überzuckerten Bio-Babykeks vom Markt – Alete verkauft ähnliches Produkt weiter als „babygerecht“

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
Pressemitteilung

- Rossmann hat einen zuckrigen Keks für Babys vom Markt genommen.
- foodwatch hatte das Produkt als nicht geeignet für Säuglinge und kleine Kinder kritisiert.
- Alete hingegen verkauft ein ähnliches Produkt weiter als „babygerecht“.

Berlin, 3. November 2017. Rossmann hat einen stark zuckerhaltigen Bio-Keks seiner Eigenmarke Babydream vom Markt genommen. Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte in einer Anfrage an die Drogeriekette kritisiert, der Keks mit etwa 24 Prozent Zucker widerspreche den gängigen Ernährungsempfehlungen für Babys. Rossmann hatte seinen „Babydream Bio Kinderkeks“ dennoch für Säuglinge ab dem achten Monat empfohlen und mit „babygerechter Rezeptur“ beworben. Wie das Unternehmen jetzt gegenüber foodwatch bestätigte, wurde das Produkt aus dem Sortiment genommen. foodwatch wollte den Babykeks eigentlich für den Goldenen Windbeutel 2017 nominieren. Stattdessen ist jetzt Alete im Rennen um die Online-Wahl von foodwatch zur „dreistesten Werbelüge des Jahres“ auf www.goldener-windbeutel.de. Denn der Babynahrungshersteller bewirbt ein ähnliches Produkt mit 25 Prozent Zuckeranteil weiter als „babygerecht“ und „zum Knabbern lernen“ ab dem achten Monat.

„Rossmann nimmt ein ungesundes Babyprodukt vom Markt – Alete verkauft seinen Zucker-Keks einfach weiter als ‚babygerecht‘. Das Beispiel zeigt, wie unterschiedlich Lebensmittelhersteller mit Kritik umgehen“, sagte Sophie Unger von foodwatch, „Wahlleiterin“ für den Goldenen Windbeutel 2017. „Ärzte und Gesundheitsexperten empfehlen ganz klar: Produkte für Babys sollten keinen zugesetzten Zucker enthalten. Alete muss aufhören, die Eltern zu belügen! Zuckrige Kekse sind alles andere als babygerecht.“

Seit 23. Oktober läuft die Wahl zum Goldenen Windbeutel. foodwatch hatte im Vorfeld der Online-Abstimmung mehrere Lebensmittelunternehmen kontaktiert, unter anderem Alete und Rossmann. Die Kritik der Verbraucherorganisation: Beide Unternehmen vermarkten Kekse mit hohem Zuckeranteil als Lebensmittel für Kinder. Doch während Rossmann bekannt gab, sein Sortiment zu überarbeiten und zuckerreduzierte Kekse anzubieten, wiegelte Alete ab: Bei seinem Kinderkeks würden alle gesetzlichen Vorgaben „selbstverständlich eingehalten“, zudem orientiere man sich „bei der Rezepturerstellung an den Empfehlungen z.B. der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Zuckerkonsum.“ Die WHO-Empfehlung, die Alete heranzieht, bezieht sich allerdings nur auf Erwachsene und Kinder – nicht auf Säuglinge, für die das Produkt auf der Verpackung explizit empfohlen wird. Für die gesunde Ernährung von Kleinkindern und Säuglingen empfiehlt die WHO explizit: „Salz und Zucker sollten nicht in Beikost zugesetzt sein.“

Rossmann hat seinen „Babydream Bio Kinderkeks“ mit etwa 24 Prozent Zuckeranteil aufgelistet und in einem Schreiben an foodwatch angekündigt, ihn durch Kekse mit deutlich weniger Zucker zu ersetzen („Babydream Dinkelkeks“ und „Babydream Apfel-Karotten-Keks“ mit jeweils rund 10 Gramm Zucker pro 100 Gramm). Sophie Unger von foodwatch: „Auch ein Keks mit 10 Prozent Zucker ist noch immer kein gesundes Lebensmittel für Babys und Kleinkinder. Aber Alete schießt wirklich den Vogel ab. Der Babynahrungshersteller nutzt sein gutes Image, um auf

Kosten der Gesundheit von Kindern Kasse zu machen.“

Noch bis 26. November können Verbraucherinnen und Verbraucher auf www.goldener-windbeutel.de aus fünf Kandidaten wählen, wer den Preis für die „dreisteste Werbelüge des Jahres“ erhalten soll. Dem Hersteller des Produkts mit den meisten Stimmen will foodwatch den Negativpreis am Firmensitz überreichen.

Link:

- Die Wahl der Werbelüge des Jahres unter www.goldener-windbeutel.de

Quellen und weiterführende Informationen:

- Korrespondenz zwischen foodwatch und Rossmann: tinyurl.com/ycrukajs
- Mehr Informationen zum Alete Kinderkeks inklusive Einschätzung der Weltgesundheitsorganisation: tinyurl.com/yd9vlu3s
- Stellungnahme von Alete: tinyurl.com/y8msjxfb

+++ Achtung, TV- und Hörfunk-Redaktionen +++

foodwatch bietet umfangreiches Bild- und Audiomaterial zur freien redaktionellen Verwendung zum Download an:

- Bewegtbildmaterial aller Kandidaten für den Goldenen Windbeutel: tinyurl.com/y7q7elq2
- TV-Statements: tinyurl.com/y6w2wfc4
- Audio-0-Töne: www.foodwatch.de/material-windbeutel

Pressekontakt:

Andreas Winkler

E-Mail: presse@foodwatch.de

Tel.: +49 (0)30 / 24 04 76 290

Leere Kassen schließen Millionen Kinder von Bildung aus

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

UNESCO –Weltbildungsbericht

Globale Bildungskampagne kritisiert Unterfinanzierung öffentlicher Schulen

Berlin, 24. Oktober 2017. Den heute veröffentlichten UNESCO-Weltbildungsbericht 2017 kommentiert Sandra Dworack, Bildungsexpertin bei Oxfam Deutschland und Co-Sprecherin der Globalen Bildungskampagne:

„Die Weltgemeinschaft droht krachend an der Umsetzung des UN-Ziels „Bildung für alle“ (SDG 4) zu scheitern. Es ist ein Skandal, dass noch immer 264 Millionen Kindern und Jugendlichen weltweit das Recht auf Bildung verwehrt bleibt. Chancengerechtigkeit bleibt für arme und marginalisierte Gruppen eine hohle Phrase: Kinder aus armen Familien haben ein achtfach höheres Risiko, nicht eingeschult zu werden, als Kinder reicher Familien. Diese Ungleichheit beim Bildungszugang treibt einen Teufelskreis aus Armut, schlechter Bildung, schlechten Chancen auf gute bezahlte Arbeit und sozialer Ungleichheit voran.“.

Dworack weiter: „Der UNESCO-Bericht zeigt, dass die Finanzierung guter öffentlicher Bildung sträflich vernachlässigt wird. Der Trend zu Billigschulen in armen Ländern, bei denen profitorientierte Unternehmen Bildung zu vermeintlich geringen Gebühren anbieten, ist der falsche Weg: oft ist die Qualität schlecht, Gebühren belasten arme Familien, und das staatliche Bildungssystem wird ausgehöhlt. Der Ausweg liegt nicht in Privatisierung, sondern in der Stärkung staatlicher Systeme- und dazu müssen arme und reiche

Länder mehr Geld für Bildung bereitstellen.“

Jan-Thilo Klimisch, Co-Sprecher der Globalen Bildungskampagne und Referent der Christoffel-Blindenmission (CBM) ergänzt: „Bildung ist ein entwicklungspolitisches Zukunfts- und Schlüsselthema, und muss daher auch eine zentrale Rolle im Koalitionsvertrag der künftigen Bundesregierung spielen. Wie der UNESCO-Bericht unterstreicht, müssen die Belange von Mädchen sowie Kinder mit Behinderungen besser bei der Konzeption entwicklungspolitischer Bildungsförderung berücksichtigt werden.. Die Globale Bildungskampagne erwartet von der künftigen Bundesregierung, neue Akzente zu Chancengerechtigkeit in der Bildungsfinanzierung zu setzen. Gleich im Februar 2018 gibt es dazu Gelegenheit bei der Finanzierungskonferenz der Globalen Partnerschaft für Bildung (GPE) in Dakar. Deutschland sollte bei der Stärkung von Grundbildung eine Vorreiterrolle einnehmen und über die GPE 100 Millionen Euro jährlich in Bildung der bislang am stärksten davon Ausgeschlossenen investieren.“

Pressekontakt:

Nikolai Link

Tel.: 0177-7375288

E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Deutschland

Überdimensionale Wahlkabine vor dem Rathaus: Aktion zum Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Einladung zum Pressetermin

München, 24. Oktober 2017

Ein Kreuz für den Klimaschutz setzen: Dazu ruft die Umweltorganisation Green City e.V. am Mittwoch, 25. Oktober, mit einer überdimensionalen Wahlkabine am Marienplatz auf. Als Teil des Bündnisses „Raus aus der Steinkohle“ will sie die MünchnerInnen dazu motivieren, beim Bürgerentscheid am 5. November zur Wahl zu gehen – und für das Abschalten des Blocks 2 im Heizkraftwerk München-Nord abzustimmen. Wir laden Sie ein, bei der Aktion dabei zu sein. Sie ist vor allem für FotografInnen interessant, vor Ort beantworten aber gerne auch Experten die Fragen der JournalistInnen.

Termin: Mittwoch, 25. Oktober 2017, 10:30 bis 11:00 Uhr

Ort: Marienplatz vor dem Rathaus, 80331 München

Anmeldung: presse@greencity.de oder (089) 890 668 -321

Das Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle“ mobilisiert München: Nachdem ein breites Bündnis, dem auch Green City e.V. angehört, die nötigen 33.600 Stimmen sammelte, ließ der Stadtrat Anfang August 2017 den Bürgerentscheid über eine frühzeitige Stilllegung des Block 2 am Heizkraftwerk Nord zu. Das Kraftwerk soll nach den Forderungen des Bürgerbegehrens im Jahr 2022 abgeschaltet werden, statt wie von den Stadtwerken München vorgesehen bis 2035 in Betrieb zu bleiben. Seit 15.

Oktober können die MünchnerInnen per Briefwahl abstimmen – oder am 5. November den Gang zur Wahlurne antreten. Green City e.V. unterstützt das Bürgerbegehren als kosteneffiziente und sofort wirksame Klimaschutzmaßnahme. Das Heizkraftwerk-Nord stößt jährlich etwa zwei Millionen Tonnen Kohlendioxid aus – mehr als der gesamte Münchner Straßenverkehr. Die Stadt München kann sich das Abschalten des Kraftwerks leisten: Laut einem Gutachten des Öko-Institut Freiburg ist eine vorzeitige Stilllegung des Kraftwerksblocks, beispielsweise im Jahr 2020, möglich. Die ausfallende Stromerzeugung würde zum größten Teil durch andere Heizkraftwerke in München übernommen. Durch das Abschalten des Steinkohlekraftwerks könnte München ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz setzen.

Weitere Informationen unter: www.raus-aus-der-steinkohle.de.

Hochaufgelöste Pressefotos können Sie im Anschluss an den Termin aus unserem Presseportal herunterladen:
<https://goo.gl/Nd5n7R>

Ihre Ansprechpartnerin bei Green City e.V.:

Judith Fahrentholz, Kommunikation

Mail: presse@greencity.de, Tel: (089) 890 668 -313

Green City e.V., Lindwurmstraße 88, 80337 München

Glyphosat-Ausstieg jetzt! – Naturland fordert klares Votum von Bundesminister Schmidt im Europäischen Rat

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Pressemitteilung, 24.10.2017

Gräfelfing – Nach dem klaren Votum des Europäischen Parlaments für einen endgültigen Glyphosat-Ausstieg muss jetzt auch das Bundeslandwirtschaftsministerium seinen Widerstand gegen ein Verbot des Ackergifts aufgeben. „Die Zeit ist reif, das Totalherbizid endlich komplett aus dem Verkehr zu ziehen. Das muss nun auch Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt einsehen“, sagte Naturland Präsident Hubert Heigl am Dienstag in Gräfelfing. Heigl fordert den Bundesminister auf, bei der Abstimmung am Mittwoch im Europäischen Rat ebenfalls klar für den Ausstieg zu votieren.

„Christian Schmidt muss jetzt endlich Farbe bekennen. Die Bundesregierung darf den Ausstieg nicht noch einmal durch ihre Enthaltung blockieren, sondern muss sich an die Seite von Frankreich, Italien und der Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten stellen, die alle für einen Ausstieg sind“, forderte der Naturland Präsident. Die jüngsten Enthüllungen im Zusammenhang mit den sogenannten Monsanto-Papers zeigten klar und deutlich, wie die Gefahren des Ackergifts vom Hersteller über Jahrzehnte hinweg systematisch ignoriert und kleingeredet wurden – und das mithilfe zum Teil unlauterer Praktiken.

„Es wird Zeit, dass Europa die kritischen Einwände und Enthüllungen endlich ernst nimmt und Glyphosat verbietet“, unterstrich Heigl: „Dass erfolgreicher Ackerbau auch ohne Ackergifte möglich ist, beweist der Öko-Landbau seit Jahrzehnten. Für ein effektives Unkrautmanagement brauche es stattdessen Vielfalt in der Fruchtfolge, eine intelligente Verteilung der Kulturen und den Einsatz modernster Technik in der mechanischen Bodenbearbeitung“, sagte der Naturland Präsident.

Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern Ausstieg

Der Streit über eine erneute Zulassung von Glyphosat schwelt seit rund zwei Jahren; die bisherige Genehmigung läuft Ende 2017 aus. Kritische Wissenschaftler fordern schon lange ein Verbot des Wirkstoffs, den die internationale Agentur für

Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsbehörde WHO (IARC) als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft hat. Auch über 1,3 Millionen EU-Bürger haben in einer Europäische Bürgerinitiative ein Verbot von Glyphosat gefordert. Dennoch war das Verbot im vergangenen Jahr mehrfach im Europäischen Rat gescheitert, unter anderem wegen der unklaren Haltung Deutschlands.

Am Dienstag nun hat auch das Europäische Parlament mit großer Mehrheit verlangt, die Zulassung für Glyphosat innerhalb der nächsten fünf Jahre auslaufen zu lassen. Die Parlamentarier stellten zudem eine Übergangsregelung in Aussicht, um konventionellen Landwirten die Umstellung auf nachhaltigere Alternativen zu erleichtern.

Markus Fadl
Pressesprecher

Naturland – Verband für ökologischen Landbau e.V.
Kleinhaderner Weg 1, 82166 Gräfelfing
Tel. +49 (0) 89 – 89 80 82 31, Mobil: +49 (0) 172 – 65 98 389
www.naturland.de, www.oekobauer-gesucht.de

Italien beschließt Ausstieg aus dem Klimakiller Kohle

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Oxfam: Deutschland muss nachziehen, Koalitionsvertrag muss das Ende der Kohlekraft einleiten

Berlin, 24. Oktober 2017. Die Ankündigung der italienischen Regierung, bis 2025 aus der klimaschädlichen Kohlekraft

auszusteigen, kommentiert Jan Kowalzig, Klima-Experte bei Oxfam Deutschland:

„Während Italien passend zur Weltklimakonferenz in Bonn den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohlekraft beschließt, müssen in Deutschland die Politiker erst noch klären, ob sich eine künftige Jamaika-Bundesregierung ernsthaft um das Pariser Klimaschutzabkommen scheren wird. Warme Worte helfen hier nicht. Nur mit einer zügigen Abkehr vom Klimakiller Kohle sind die bestehenden Klimaschutzziele zu schaffen.

Andere Länder, darunter Großbritannien, Frankreich, Kanada und nun auch Italien haben den Abschied von der Kohle fest im Programm. Jetzt muss Deutschland nachziehen. Der Ausstieg aus der Kohle im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre gehört unbedingt in den Koalitionsvertrag.“

Hintergrund:

Die Regierung Italiens hat heute im italienischen Parlament den Ausstieg aus der Kohlekraft verkündet. Der Ausstieg soll bis 2025 vollzogen werden. Derzeit liefert die Kohle knapp 15 Prozent des Stroms in Italien. Das ist zwar deutlich weniger als in Deutschland, Szenarien belegen aber, dass ein Ausstieg in Deutschland in den kommenden fünfzehn Jahren ebenfalls möglich wäre.

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Jan Kowalzig, Tel.: 0178-4538050, E-Mail: jkowalzig@oxfam.de,

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.500 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland

And the Winner are... Der Grüne Helden Förderpreis 2017 hat zwei Gewinner.

geschrieben von Andreas | 3. November 2017
[PRESSEMEDUNG]

Rondeshagen/Berlin, 12. Oktober 2017

Mitte September hat die Jury, bestehend aus Grüne Helden und den Award-Partnern Ecocrowd/Deutsche Umweltstiftung, FairGoods, HakoPaxan, Triodos zwei Gewinner aus den 31 nominierten Bewerbern für den Grüne Helden Förderpreis 2017 gewählt. Der Grüne Helden Award unterstützt das junge und engagierte öko-soziale Unternehmertum sowie Non-Profit Initiativen die für Menschen und Umwelt erkennbare Mehrwerte schaffen.

Die öffentliche Preisverleihung des diesjährigen Förderpreises findet im festlichen Rahmen am 22. Oktober auf der großen Bühne der FairGoods – Messe für nachhaltigen Lebensstil, in Hamburg statt.

Ort: Alsterdorfer Sporthalle, Krochmannstraße 55, 22297 Hamburg

Datum: 22. Oktober 2017

Zeit: 14.00 Uhr

Bitte akkreditieren Sie sich bis zum 19.10. unter
<https://fairgoods.info/berichten>

Pressekontakt:

ECOVENTA GmbH – Agentur für ökologische Veranstaltungen

Daniel Sechert, Gründer und Geschäftsführer

Heinrich-Roller-Str. 13

10405 Berlin

Telefon: +49 (0)30 555775 201

Mobil: +49 (0) 151 5733 864 0

E-Mail: presse@ecoventa.de

Grüne Helden Award

Mit dem Grüne Helden Award etablieren Grüne Helden und die Award-Partner Ecocrowd/Deutsche Umweltstiftung, FairGoods, HakoPaxan, Triodos, MeinWoody die Förderung junger engagierter öko-sozialer Unternehmungen und Non-Profit Initiativen.

Als fortlaufendes Format wird auch im kommenden Jahr wieder ein Award mit attraktiven Preisen für Coaching, Patenschaften und Beratungsleistungen ausgelobt.

Die Bewerbungsphase für den Förderpreis 2018 startet auf der FairGoods in Hamburg – Stand: „Grüne Helden Award“. Internet: www.gruenehelden.de | <https://fairgoods.info>

Partner des Grüne Helden Förderpreis 2017

 Triodos Bank

 fair
goods.

 ecocrowd

 ECO
PRESS
PRESSEBLOG

 meinwoody
zukunft(s)pflanzen

 hakopaxan
naturkost

 HELDEN
BLOG

Kontakt:

Grüne Helden

Andres Sauer, Gründer

Auf dem Sandberg 7

23919 Rondeshagen

Telefon: +49 (0)4544 890746

Mobil: +49 (0)172 9760880

E-Mail: mail@gruenehelden.de

AB0 Wind bringt zwei neue Windparks im Hunsrück ans Netz

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Pressemitteilung

- Sechs Windkraftanlagen produzieren Strom für 13.000 Haushalte
- 17 Jahre hervorragende Partnerschaft mit zahlreichen gemeinsamen Projekten
- Windkraft ist wichtiger Baustein des lokalen Tourismus

(Wiesbaden, 10. Oktober 2017) Mit der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im Hunsrück verbindet den Projektentwickler AB0 Wind eine besondere Beziehung: Fast ein Viertel seiner aktuell 131 rheinland-pfälzischen Windkraftanlagen stehen hier. Zwei neue Windparks hat das Unternehmen in den vergangenen Wochen ans Netz gebracht.

Der interkommunale Windpark der Gemeinden Breit, Büdlich, Schönberg und Heidenburg besteht aus vier Anlagen des Typs Vestas V112 mit einer Nabenhöhe von 140 Metern und einer Nennleistung von je 3,3 Megawatt. Hinzu kam kurz darauf der Windpark Berger Wacken in der Ortsgemeinde Berglicht – zwei Nordex N117-Anlagen mit einer Nabenhöhe von 141 Metern und je 2,4 Megawatt Nennleistung. Zusammen produzieren die sechs Anlagen rund 44 Millionen Kilowattstunden sauberen Strom pro Jahr. So viel verbrauchen rund 13.000 durchschnittliche Haushalte. Der Umwelt bleiben damit rund 33.000 Tonnen Kohlendioxid erspart.

Im Jahr 2002 weihten AB0 Wind und die Bürgermeister der vier

beteiligten Ortsgemeinden mit dem interkommunalen Windpark Berglicht das erste gemeinsame Projekt ein. „Die Gemeinden leisteten damit echte Pionierarbeit in Rheinland-Pfalz“, erinnert sich ABO Wind-Geschäftsleiterin Urta Steinhäuser. „Unsere Arbeit mit den Ortsgemeinden, der Verbandsgemeinde, der Kreisverwaltung und dem Forst ist sehr vertrauensvoll und klappt seit nunmehr 17 Jahren hervorragend.“ Dank der langjährigen, guten Zusammenarbeit hat sich ABO Wind im Jahr 2012 entschieden, hier den Lehrpfad Hunsrücker Windweg rund um die Windparks Berglicht und Heidenburg zu errichten. Zwei Jahre später integrierte die Verbandsgemeinde ihn in die neue Traumschleife „Wind, Wasser & Wacken“. Der Südwestrundfunk zählt die Traumschleife zu den schönsten Wandertouren in Rheinland-Pfalz. Die neuen Windkraftanlagen schaden der Tourismusregion Erbeskopf nicht: Die Traumschleife hat bei ihrer aktuellen Neubewertung mehr Erlebnispunkte erhalten als zuvor. Zusätzlich fördert das Unternehmen mit einem jährlichen Beitrag die Aktivitäten des Hunsrückhauses auf dem Erbeskopf und unterstützt zahlreiche Sport- und Musikvereine in der Verbandsgemeinde. Auch die Ortsgemeinden ohne eigenen Windpark profitieren von der Windenergie: Dank eines Solidarpaktes kommt ein Teil der Einnahmen aus den Windkraftanlagen allen 21 Ortsgemeinden zugute, egal auf welcher Gemarkung die Anlagen stehen.

Im Sommer 2017 feierte ABO Wind gemeinsam mit dem Betreiber Schöllner Wind die Einweihung der beiden Windparks Horath und Merschbach. „Die Einnahmen aus der Windenergie sind für unseren Gemeindehaushalt sehr wichtig“, sagt Horaths Bürgermeister Egon Adams. „ABO Wind hat das sehr professionell umgesetzt: Neun Monate nach der Genehmigung standen die neun Anlagen.“

ABO Wind hofft, als Partner der Verbandsgemeinde noch weitere Erneuerbare-Energie-Projekte ans Netz zu bringen, beispielsweise im Rahmen des sogenannten Repowering. Dabei werden ältere Anlagen durch neue, leistungsfähigere

Windkraftanlagen ersetzt.

Lena Fritsche

Teamleitung Kommunikation

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel.: (0611) 267 65-617; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 617

lena.fritsche@abo-wind.de

www.abo-wind.de

Geplantes UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten: Vertragsentwurf ist gute Verhandlungsgrundlage

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Pressemeldung

Berlin/Aachen, 10. Oktober 2017: Vom 23. bis 27. Oktober findet im UN-Menschenrechtsrat in Genf die dritte Verhandlungsrunde zur Erarbeitung eines internationalen Abkommens („UN-Treaty“) zur Haftung von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen statt. Die Sitzungsleitung hat nun erstmals konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung des Vertrags vorgelegt. 15 deutsche Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen der „Treaty Alliance Deutschland“ begrüßen den Text als gute Verhandlungsgrundlage und fordern

die Bundesregierung auf, sich konstruktiv an den anstehenden Verhandlungen zu beteiligen. In einem gemeinsamen Positionspapier legen die Organisationen ihre konkreten Vorschläge zur Ausgestaltung des Abkommens vor.

Armin Paasch, Referent für Wirtschaft und Menschenrechte bei MISEREOR: „Das neue Abkommen bietet die Chance, die globale Wirtschaftsordnung grundlegend zu verändern. Unternehmen ist es dann nicht mehr möglich, Regierungen vor sich herzutreiben und vor Schiedsgerichten auf Schadensersatz zu verklagen, wenn sie Konzerne daran hindern wollen, Grundgewässer zu verseuchen, die Luft zu verschmutzen oder die Rechte von Ureinwohnern zu missachten. Zwei Drittel dieser Klagen richten sich heute gegen Länder des Globalen Südens. Menschenrechte hätten endlich Vorrang vor den Interessen von Investoren und transnationalen Konzernen.“

Ernst-Christoph Stolper, stellvertretender Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): „Für einen Erfolg des Treaty ist die Mitarbeit Europas von zentraler Bedeutung. Wir wollen, dass Deutschland als ökonomisch stärkstes Land der EU für den Erfolg der Verhandlungen Verantwortung übernimmt. Nicht immer mehr Rechte für internationale Konzerne, sondern der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern und Belegschaften stehen auf der Tagesordnung. Die Bundesregierung muss nun zeigen, dass sie es mit dem Schutz sozialer und umweltbezogener Menschenrechte ernst meint.“

Sarah Lincoln, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte bei Brot für die Welt: „Deutsche Unternehmen profitieren in ihren weltweiten Geschäften von niedrigen Umweltstandards und sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen, immer wieder kommt es zu Katastrophen wie dem Einsturz der Rana-Plaza Textilfabrik in Bangladesch, bei dem mehr als 1000 Menschen starben. Eine Entschädigung bekommen die Betroffenen in der Regel nicht. Das soll der Treaty ändern: Unternehmen sollen verpflichtet werden, in ihren globalen Geschäften die Menschenrechte zu achten und müssen bei Verstößen haften.“

Der UN-Menschenrechtsrat hatte im Juni 2014 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um verbindliche Regeln für Unternehmen zu schaffen und den Geschädigten Klagemöglichkeiten zu eröffnen. Wesentliche Ziele sind die Haftung von Konzernen für ihre komplette Zulieferkette, Rechtsschutz für Geschädigte auch in den Heimatländern der Unternehmen, der Vorrang der UN-Menschenrechtsverträge vor Handels- und Investitionsschutzabkommen sowie die Schaffung von Mechanismen zur Einhaltung des Abkommens.

Die „Treaty Alliance Deutschland“ unterstützt und begleitet den Verhandlungsprozess. Dem Bündnis gehören bislang folgende Verbände an: Attac Deutschland, Brot für die Welt, BUND, Christliche Initiative Romero, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, FIAN Deutschland, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile- Lateinamerika (FDCL), Forum Fairer Handel, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Policy Forum, Medico International, MISEREOR, PowerShift, SÜDWIND und WEED.

weiterführende Informationen:

- Vertragsentwurf der Regierung von Ecuador: bit.ly/2fF5crq
- Positionspapier der Treaty Alliance: bit.ly/TA_Positionspapier
- tägliche Berichte von den Verhandlungen: www.attac.de/genf-treaty-tagung

Pressekontakte:

- Sigrid Wolff, BUND-Pressesprecherin, Tel. 030-27586-425, E-Mail: presse@bund.net
- Brot für die Welt: Anne Dreyer, Tel.: 030 65211 4430, E-Mail: presse@brot-fuer-die-welt.de
- MISEREOR: Rebecca Struck, Tel.: 0241 442 110, E-Mail: RebeccaStruck@misereor.de

Eine andere Rohstoffpolitik ist nötig – Vor der Alternativen Rohstoffwoche fordert ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis konkrete Fortschritte im Koalitionsvertrag

geschrieben von Andreas | 3. November 2017

Gemeinsame Pressemitteilung (Organisationen am Ende der PM genannt)

Berlin (10. Okt. 2017). Die deutsche Rohstoffpolitik muss grundsätzlich reformiert werden, wenn sie global gerecht und ökologisch tragbar werden soll. Dies fordert ein breites Bündnis von Menschenrechts-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, die sich im Arbeitskreis (AK) Rohstoffe zusammengeschlossen haben. Anlässlich der dritten Alternativen Rohstoffwoche (16. – 22. Okt.) formulieren die Organisationen Eckpunkte, die nach ihrer Ansicht in den neuen Koalitionsvertrag gehören.

„Als größter Importeur von Rohstoffen in der EU trägt Deutschland eine große Verantwortung für die sozialen und ökologischen Folgen des weltweiten Rohstoffabbaus“, sagt **Michael Reckordt, Koordinator des AK Rohstoffe**. „Beim Abbau von Rohstoffen kommt es häufig zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen, auf die wir mit der Alternativen Rohstoffwoche hinweisen.“

„Menschenrechte müssen einen höheren Stellenwert als Profite haben“, sagt **Anna Backmann** von der **Christlichen Initiative Romero**. „Daher muss im künftigen Koalitionsvertrag das Ja zu verbindlichen Regeln für Unternehmen stehen, die Rohstoffe abbauen oder entlang der Lieferkette weiterverarbeiten“, so Backmann weiter.

Antonia Reichwein von **Germanwatch** ergänzt: „Zudem muss die Senkung des Rohstoffverbrauchs für die neue Bundesregierung ein zentrales Ziel sein. Deshalb muss sie die Kreislaufwirtschaft zum Beispiel durch die längere Nutzung und Reparaturfähigkeit von Geräten stärken.“

„Außerdem muss der Tiefseebergbau grundsätzlich ausgeschlossen werden“, fordert **Francisco Marí** von **Brot für die Welt**. „Die Auswirkungen auf Umwelt und Menschen sind absolut unvorhersehbar und laufen dem Vorsorgeprinzip elementar zuwider. Die Bundesregierung muss sich hier den Forderungen der Zivilgesellschaft aus dem Pazifik anschließen und jegliche Förderung des Tiefseebergbaus einstellen.“

Hintergrund: AK Rohstoffe

Der Arbeitskreis (AK) Rohstoffe ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz einsetzen. Hierzu gehören Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen wie Brot für die Welt, die Christliche Initiative Romero, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile / Lateinamerika, Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, das Ökumenische Netz Zentralafrika, PowerShift und Stiftung Asienhaus. Seit 2008 tauscht sich der AK Rohstoffe regelmäßig aus und diskutiert angesichts der negativen Auswirkungen des Rohstoffabbaus über Ansätze einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Seit Mai 2013 gibt es ein Koordinationsbüro in Berlin.

Hintergrund: Alternative Rohstoffwoche

Vom 16. bis 22. Oktober 2017 findet zum dritten Mal bundesweit die Alternative Rohstoffwoche statt. Die Veranstaltungen der Alternativen Rohstoffwoche werden organisiert von Mitgliedern des Netzwerks AK Rohstoffe. Eine Übersicht findet sich online unter: <http://alternative-rohstoffwoche.de>

Bei zahlreichen Veranstaltungen in ganz Deutschland werden die globalen ökologischen und sozialen Auswirkungen des Rohstoffabbaus aufgezeigt und mit internationalen Gästen Alternativen und Möglichkeiten für einen gerechten und nachhaltigen Abbau, Handel und Verbrauch von Rohstoffen diskutiert.

Ziel ist es, auf die Auswirkungen des Rohstoffabbaus hinzuweisen. Deutschland ist abhängig vom Import von metallischen, mineralischen und fossilen Rohstoffen. Abgebaut werden diese Rohstoffe vor allem in Schwellenländern und Ländern des Globalen Südens, häufig unter Verletzung von Menschenrechten und auf Kosten der Umwelt. Die Bundesregierung berücksichtigt diese Auswirkungen nicht ausreichend und richtet ihre Politik einseitig an den Interessen der Industrie für eine erhöhte Versorgungssicherheit aus. Aufgrund der globalen Herausforderungen braucht es eine andere, eine demokratische und global gerechte Rohstoffpolitik. Diese muss folgende Ziele haben: Menschenrechte effektiv schützen, Rohstoffverbrauch senken, Zivilgesellschaft schützen und stärken.

Dies ist eine gemeinsame Pressemitteilung von:

Brot für die Welt, Christliche Initiative Romero (CIR), Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile / Lateinamerika (FDCL), Forum Umwelt und Entwicklung, Germanwatch, Ökumenisches Netz Zentralafrika (ÖNZ), PowerShift, Stiftung Asienhaus.

Kontakte für Medien:

Michael Reckordt

PowerShift / AK Rohstoffe

Büro: 030 / 428 05 479

Mobil: 0151 / 211 676 18

E-Mail: michael.reckordt@power-shift.de

Anna Backmann

Christliche Initiative Romero (CIR)

Büro: 0251 / 67 44 13 26

E-Mail: backmann@CI-Romero.de

Antonia Reichwein

Germanwatch

Büro: 030 / 28 88 356 91

E-Mail: reichwein@germanwatch.org

oder **Stefan Küper** (Pressesprecher Germanwatch), Kontakt s.u.
(am Vormittag per Handy)

—

Stefan Küper

Pressesprecher

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org